



EU KOMP@KT 3-2012

INHALT

Aktuelles	1
Wirtschaft/Finanzen	2
Soziales/Chancengleichheit	2/3
Gesundheit	3
Sport	3
Umwelt/Naturschutz	3-5
Landwirtschaft/L. Raum	5
Kultur	5
Bildung/Mehrsprachigkeit	5/6
Forsch./Wissenschaft/Techn.	6
Justiz/Inneres	6/7
Rechtsprechung	7
Konsultationen	7
Projektpartnersuche	7
Ausschreibungen	7/8
Vermischtes	8
Impressum	8

Staats- und Regierungschefs: Sondergipfel

(WB) Beim [Sondergipfel](#) am 30. Januar 2012 bekräftigten die EU-Staats- und Regierungschefs, dass die Haushaltskonsolidierung eine solide makroökonomischen Politik und eine aktive Beschäftigungsstrategie erfordert, namentlich eine deutliche Erhöhung der Zahl der Ausbildungs- und Praktikantenstellen und eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitskräften. Besondere Priorität hätten die Binnenmarktakte, der digitale Binnenmarkt und die Förderung von KMU. Bereits bis zur Tagung des Europäischen Rats im Juni sollen konkrete Fortschritte erzielt werden. Bis spätestens Ende Juni verpflichten sich auch die 25 teilnehmenden Mitgliedstaaten (außer Spanien und Italien), die letzte noch offene Frage des Patent-Pakets (Sitz der Zentralkammer des Patentgerichts in München, London oder Paris) zu regeln.

Die Staats- und Regierungschefs der EU [stimmten](#) außerdem einer Umwidmung von Finanzmitteln der Strukturfonds zu, die noch keinen spezifischen Vorhaben zugewiesen wurden. Das bedeute für die Nettozahlerländer den Verzicht auf Rückflüsse wegen nicht ausgegebener Strukturfondsmittel. KMU könnten sie als Eigenkapital für die Beantragung von Krediten einsetzen. Geplant sei auch ein verstärkter Mitteleinsatz der Europäischen Investitionsbank, etwa durch Hebelung der Finanzierungskapazitäten der EIB-Gruppe über den EU-Haushalt.

Kommissionspräsident [Barroso](#) hat beim Gipfel einen "Pakt für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum" gefordert, d. h. nationale Arbeitspläne, um vor allem der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Alle jungen Menschen sollen einen gesetzlichen Anspruch auf entweder Beschäftigung, Fortbildung oder eine Ausbildung innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss bekommen. Die Kommission wird Unterstützungsteams für die acht Mitgliedstaaten mit überdurchschnittlich hoher Jugendarbeitslosenrate einrichten und will hierfür ungenutzte Strukturfondsmittel in Höhe von 82 Mrd. EUR nutzen. (Fortsetzung zum Sondergipfel auf S. 2)

AdR – Open Days 2011

(MH) Der Ausschuss der Regionen hat die Ergebnisse der Open Days 2011 in Form eines [Handbuchs](#) veröffentlicht. Es fasst die Eröffnungsveranstaltungen und die Workshops zusammen. Die gedruckte Version ist ab Mitte Februar 2012 erhältlich.

Die [Open Days](#) 2012 finden vom 8. bis 11. Oktober 2012 statt.



10th European Week of
Regions and Cities

Brussels 8 - 11 October 2012



Mehr Platz für Legehennen

(AF) Für Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, die Niederlande und Griechenland hat es nun Folgen, dass dort die Bestimmungen der seit langem geltenden Legehennen-Verordnung oft ignoriert werden. EU-Verbraucherschutzkommissar Dalli hat bekannt gegeben, dass die EU-Kommission [Vertragsverletzungsverfahren](#) gegen diese Staaten einleiten werde, weil immer noch eine Vielzahl „herkömmlicher“ Legehennenkäfige genutzt wurden. Diese hätten längst größeren, „ausgestalteten“ Käfigen als Mindestforderung weichen müssen. Vertragsverletzungsverfahren werden auch gegen Bulgarien, Lettland, Polen, Ungarn und Rumänien eingeleitet. Die osteuropäischen Staaten hatten zwar längere Übergangsfristen zum Austausch der Käfige, die aber seit 1. Januar 2012 ebenfalls abgelaufen sind. Da bessere Tierhaltungsbedingungen auch Kosten bedeuten, war faktisch ein Wettbewerbsnachteil für diejenigen Geflügelhalter in der EU entstanden, die Tierschutzbestimmungen einhalten. Hinzu kommt, dass die in den verbotenen Käfigen gelegten Eier bis heute in die Verarbeitung gelangen. Anders als bei Frischeiern hat der Konsument hier keine Chance, mit seiner Kaufentscheidung auf die Art der Hühnerhaltung Einfluss zu nehmen.

Wirtschaft und Finanzen**Fiskalpakt**

(BJ) Die Staats- und Regierungschefs haben sich in ihrem informellen Treffen am 30. Januar 2012 auf einen Text über den „Eurofiskalpakt“ [geeignet](#). Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag soll die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten verstärkt werden. Der Pakt wird außerhalb der Verfahren des EU-Vertrages geschlossen, weil Großbritannien seine Zustimmung verweigert, und auch Tschechien wird voraussichtlich nicht unterzeichnen, jedoch alle Mitgliedstaaten der Eurozone. Der Vertrag sieht vor, Schuldenbremsen in den Mitgliedstaaten zu verankern, und zwar durch verbindliche Bestimmungen mit dauerhaftem Charakter, vorzugsweise mit Verfassungsrang. Vor dem EuGH soll Klage eingereicht werden können, wenn ein Mitgliedstaat seiner Verpflichtung nicht nachkommt, Schuldenbremsen einzuführen. Zu seiner Wirksamkeit muss der Vertrag allerdings – nach seiner Unterzeichnung durch die Staats- und Regierungschefs am 1./2. März 2012 – ratifiziert werden. Dazu ist die Zustimmung der nationalen Parlamente erforderlich. Das Europäische Parlament, das bei einem völkerrechtlichen Vertrag nicht beteiligt werden muss, kritisiert die Vorgehensweise der Regierungschefs. In einer [Entschließung](#) verlangt es stattdessen durchgreifende Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Öffentlicher Schuldenstand

(BJ) [Eurostat](#) wird künftig vierteljährlich die Daten zum öffentlichen Schuldenstand veröffentlichen. Dazu werden die jährlichen Daten zusammengefasst, die im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit von den Mitgliedstaaten im April und Oktober gemeldet werden. Für das dritte Quartal 2011 meldet Eurostat für den Euroraum einen öffentlichen Schuldenstand von 87,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber 87,7% am Ende des zweiten Quartals 2011. In der EU stieg der öffentliche Schuldenstand von 81,7% auf 82,2% an. Gegenüber dem dritten Quartal 2010 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand sowohl im Euroraum (von 83,2% auf 87,4%) als auch in der EU (von 78,5% auf 82,2%). Der öffentliche Schuldenstand gibt die Schulden eines Mitgliedstaates im Verhältnis zu seinem Bruttoinlandsprodukt wieder. Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt darf er 60% nicht überschreiten.

Beschäftigung**Arbeitslosenquote bei 10,4%**

(WB) Im Euroraum lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2011 bei 10,4%,

unverändert gegenüber November. Im Dezember 2010 hatte sie 10,0% betragen. In der EU lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2011 bei 9,9%, ebenfalls unverändert gegenüber November. Im Dezember 2010 hatte sie 9,5% betragen. [Eurostat](#) schätzt, dass im Dezember 2011 in der EU insgesamt 23,8 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 16,5 Millionen im Euroraum. Gegenüber November 2011 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 24.000 und im Euroraum um 20.000 gestiegen. Gegenüber Dezember 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 923.000 und im Euroraum um 751.000 zu.

Monitor für freie Stellen: Tendenz positiv

(WB) Die Europäische Kommission hat am 30. Januar 2012 den so genannten [„vacancy monitor“](#) vorgelegt, der die Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt untersucht. Danach hatten vom Ende des zweiten Quartals 2010 bis zum Ende des zweiten Quartals 2011 rund 46,7 Millionen Menschen in 26 Ländern (alle EU-Staaten außer Slowakei) einen Job gefunden. Die Beschäftigtenzahl stieg um rund 1 Million im gleichen Zeitraum. Deutschland verzeichnete den größten Anstieg bei den Stellenbesetzungen zwischen dem zweiten Quartal 2010 und im zweiten Quartal 2011 (+57%), gefolgt von Litauen (+42%), Malta (+36%) und Rumänien (+33%).

Soziales und Chancengleichheit**Litauen und Tschechien: Kein freier Personenverkehr**

(WB) Die EU-Kommission hat [beschlossen](#): Innerhalb von 2 Wochen müssen Tschechien und Litauen dafür sorgen, dass die EU-Vorschriften zur Freizügigkeit Geltung erlangen. Litauen muss zudem gewährleisten, dass ein Einreiseverbot von EU-Bürgern nur verhängt wird bzw. eine Ausweisung erfolgen darf, wenn diese Personen eine tatsächliche, ernste und gegenwärtige Gefahr für die Gesellschaft darstellen. Bei Tschechien moniert die Kommission, dass es EU-Bürger und ihre Familienangehörigen verpflichtet, zusammen mit ihrem Antrag auf den EU-Aufenthaltstitel eine Unterkunftbescheinigung vorzulegen.

EP: Aktive Beteiligung von Frauen bei Friedensanliegen

(WB) Das Europäische Parlament hat in einer [Entschließung](#) am 2. Februar 2012 gefordert, dass sich die EU für eine verbindliche Mitwirkung von Frauen in internationalen Teams einsetzt, die Friedensverhandlungen führen. Zudem fordert es Fortschritte in Bezug auf die permanente Beteili-

gung von Frauen in politischen Führungspositionen, einheimischen Frauenrechtsorganisationen und/oder zivilgesellschaftlichen Gruppen an den Verhandlungen während des gesamten Friedensprozesses. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und die Mitgliedstaaten sollten eine verstärkte Einbindung von Frauen in ihre Beziehungen mit Drittstaaten und außerhalb der EU ansässigen Organisationen aktiv fördern.

Gesundheit

Brustimplantate-Betrugsaffäre: Konsequenzen

(WB) Nach der Veröffentlichung eines [Berichtes](#) des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) über die Sicherheit von Silikonprodukten, die von dem Unternehmen „Poly Implant Prothèse“ (PIP) hergestellt wurden, hat die Europäische Kommission am 2. Februar 2012 angekündigt, weitere Studien zu gesundheitlichen Auswirkungen mangelhafter Brustimplantate in Auftrag geben zu wollen. Sie will zusammen mit den Mitgliedstaaten erörtern, wie die Überwachung von Medizinprodukten im Rahmen des geltenden Rechts unverzüglich verschärft werden kann, etwa durch unangekündigte Inspektionen und zusätzliche Stichproben bei bereits auf dem Markt befindlichen Produkten. Die Kommission plant, noch in diesem Halbjahr einen Vorschlag zur Überarbeitung der [Medizinprodukte-Richtlinie](#) vorzulegen. Möglicherweise wird sich der Termin um ein bis zwei Monate verzögern, um die Lehren aus dem „PIP-Fall“ berücksichtigen zu können.

Generika und Parallelimporte

(WB) Die EU-Kommission hat Italien am 26. Januar 2012 formell dazu [aufgefordert](#), die EU-Rechtsvorschriften über die Zulassungsverfahren für generische Arzneimittel einzuhalten. Nach der [Richtlinie](#) 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel muss beim Zulassungsverfahren der Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums nicht berücksichtigt werden; jedoch darf der Inhaber der Zulassung eines Generikums ein Produkt erst dann auf den Markt bringen, wenn das Patent des Referenzarzneimittels abgelaufen ist. In Italien dürfen dagegen Hersteller von Generika ihren Antrag auf Zulassung erst im vorletzten Jahr der Laufzeit eines Patents für ein Referenzarzneimittel stellen. Griechenland wurde [aufgefordert](#), die Rechtsvorschriften über die Festsetzung von Preisen für Parallelimporte von Arzneimitteln zu ändern. Damit soll sichergestellt werden, dass sie im Einklang mit den EU-Bestimmungen über den freien Warenverkehr stehen. Durch die geltenden nationalen Maßnahmen bzw. Praktiken werde der Han-

del mit parallel eingeführten Arzneimitteln behindert

EU-Preis für Gesundheitsjournalisten 2011

(WB) Am 31. Januar 2012 wurden vier [Preise](#) an europäische Journalisten für die besten Artikel zu Gesundheitsthemen vergeben. Den ersten Platz belegten die britische Journalistin Kate Kelland und ihr Kollege Ben Hirschler, beide Reuters. Unter den weiteren Preisträgern ist auch die deutsche Brigitte Kramer. Ausgewählt wurden sie aus fast 500 Artikeln, die Journalisten aus allen 27 Mitgliedstaaten eingereicht hatten. Die preisgekrönten Artikel behandelten die Themen Antibiotikaresistenz, die Bedeutung des Sports bei der Depressionsbekämpfung, Brustkrebs und die schädlichen Folgen des Rauchens.

Sport

EP: Europäische Dimension des Sports

(WB) Am 2. Februar 2012 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit den [Initiativbericht](#) „Die europäische Dimension des Sports“ angenommen. Darin äußern sich die Abgeordneten sowohl zur sozialpolitischen als auch zur wirtschaftlichen Rolle des Sports in der EU. Sie heben das große soziale Integrationsvermögen hervor und empfehlen u. a. eine Aufstockung der Hilfen für Organisationen, die sich für Integration einsetzen. Die Wichtigkeit des Breitensports wird ebenfalls thematisiert: Um diesen zu fördern, regt das EP Vergabe von Haushaltsmitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds an. Weiterhin sollen die EU-Kommission und Mitgliedstaaten spezifische Haushaltsprogramme Sport auflegen.

Umwelt und Naturschutz

EU-Kommission soll „Grünes Band“ schützen



(AF) Die EU-Kommission soll die Aktivitäten für Naturschutz auf und am „Grünen Band“ argumentativ und finanziell unterstützen. Gemeint ist der Landstreifen zwischen Ostsee und Adria, auf dem sich einst die Grenzbefestigungsanlagen des „Eisernen Vorhanges“ zwischen Ost- und Westeuropa befanden. Dazu [forderte](#) eine Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments die EU-Kommission jetzt auf. In Thüringen und anderenorts gab es bislang schon um-

fangreiche Initiativen zum Schutz der jahrzehntelang wegen der Unzugänglichkeit des Grenzstreifens weitgehend intakten Natur.

EU-Abfall-Recht: Deutschland verwarnt

(AF) Die EU-Kommission hat Deutschland per Mahnschreiben [aufgefordert](#), vollständige Informationen über die Umsetzung der Abfall-Rahmen-Richtlinie in deutsches Recht zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Nichtbefolgung innerhalb von zwei Monaten wurde damit gedroht, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Der eigentliche Umsetzungstermin war der 12. Dezember 2010. Es handelt sich bereits um die zweite derartige Aufforderung an Deutschland.



20 oder 30% CO₂-Reduktion bis 2020?

(AF) Die Generaldirektion Klimaschutz der EU-Kommission hat ein [Arbeitsdokument](#) veröffentlicht, mit dem die Kosten-Nutzen-Relation im Falle der Verschärfung des Emissionsreduktionszieles von Kohlendioxid von minus 20% bis 2020 auf minus 30% bewertet werden soll. Das Dokument basiert auf dem Szenario der Mitteilung der EU-Kommission zum gleichen Thema vom Mai 2010. Das Dokument kommt zu dem Ergebnis, dass das Emissionsreduktionsziel von minus 30% kostengünstiger als noch 2008 angenommen erreicht werden kann. Seit 2008 läuft auch die Diskussion, ob das bisherige „20-20-20-Ziel“ der EU (20% CO₂-Emissionsreduktion, 20% Energiebedarfsdeckung aus Erneuerbaren Energien und 20% Energieeinsparung durch Energieeffizienzsteigerung, jeweils bis 2020) zum „30-20-20“-Ziel qualifiziert werden soll.

Zentralregister für Luftfahrt-Emissionen

(AF) Für die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissions-Zertifikatehandel hat die EU-Kommission nun das EU-Zentralregister [aktiviert](#). Bislang werden die Zertifikate in elektronischen Registern der EU-Mitgliedstaaten verwahrt. Die Zentralisierung soll bis Juni 2012 abgeschlossen sein.

LKW-Emissionen: Reduktion möglich

(AF) Gemäß der [Studie](#) „Reduction and Testing of Greenhouse Gas-Emissions from Heavy Duty Vehicles - LOT 2“, die im Auftrag der EU-Kommission erstellt und jetzt veröffentlicht wurde, können in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Treibhausgas-Emissionsreduzierungen bei LKW erreicht werden. Würden verfügbare kraftstoffsparende Technologien 2020 durchgesetzt, könnten

diese Emissionen bis 2030 um 28% reduziert werden. Würden alle verfügbaren technologischen Verbesserungen angewandt, seien sogar bis zu minus 52% möglich. Bisher wurde in EU-Klimaschutzdossiers stets davon ausgegangen, dass im Verkehrssektor das geringste Emissionsreduktionspotenzial bestünde.

Keine EU-Rechtssetzung zu Schiefergas-Nutzung

(AF) Seit längerer Zeit gibt es in den EU-Organen intensive Diskussionen darüber, ob Regelungsbedarf auf europäischer Ebene zur Ausbeutung von Schiefergas besteht. Nun hat die EU-Kommission eine [Studie](#) vorgestellt, in deren Ergebnis ein solcher Bedarf verneint wird. Darin wurden derartige Vorhaben in Deutschland, Polen, Schweden und Frankreich untersucht. Auf nationaler Ebene sei allerdings Verbesserungspotenzial, insbesondere zur besseren Einbindung der Öffentlichkeit und für mehr Rechtssicherheit für Investoren gegeben. Auch die Wirkungen auf andere Schutzgüter wie Wasser und Boden wurden darin untersucht. Kritik an der Studie kam bereits von den europäischen Grünen.

Neue Kandidatenstoffe für REACH

(AF) Die Liste der Kandidatenstoffe für die EU-Chemikalienverordnung REACH wurde um 20 Stoffe [erweitert](#). Das führt dazu, dass Lieferanten (gemeint sind alle Teilnehmer der Lieferkette) von Produkten, die diese Stoffe zu mehr als 0,1% enthalten, ihre Kunden informieren müssen. Die Kandidatenstoffe könnten demnächst in Anhang XIV von REACH aufgenommen werden. Unter den neuen Kandidaten ist auch das hormonell wirkende Octyphenol. Weitere 13 Stoffe hat die EU-Chemikalienbehörde ECHA der EU-Kommission zur Aufnahme in die Kandidatenliste vorgeschlagen, unter anderem Chromsäure, Dichromsäure, Chromsäureverbindungen und Chromtrioxid.

Wasser: 15 neue „Prioritäre Substanzen“



(AF) 15 neue „Prioritäre Substanzen“ sollen der Liste über „Prioritäre Stoffe“ im Bereich der Wasserqualität hinzugefügt werden. Die EU-Kommission hat einen

[Vorschlag](#) vorgelegt, wonach bestimmte Industriechemikalien, Pflanzenschutzmittel, Biozide, pharmazeutische Substanzen und Dioxinverbindungen zu den bislang 33 Substanzen dieser Liste hinzugefügt werden sollen. Das ist das Ergebnis eines Monitorings, in das über 2.000 Substanzen und ihre potenziellen Wirkungen einbezogen worden

sind. Die 15 neuen „Prioritären Substanzen“ wurden zumeist als toxisch oder fruchtbarkeitsschädigend eingestuft. Sie müssen nun in das Monitoring nach Wasser-Rahmenrichtlinie aufgenommen werden. Ausnahmen vom Ziel des guten chemischen Zustandes sind bei übermäßigen örtlichen Kosten laut Art. 4 dieser Richtlinie allerdings möglich.

EU-Umweltrecht: neue Verwar- nungen

(AF) Weiterhin zeigt die EU-Kommission, dass sie gewillt ist, die EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung von EU-Umweltrecht zu zwingen. Mehrere EU-Mitgliedstaaten erhielten letzte Warnungen verbunden mit der Androhung, im Falle der Nichterfüllung der europarechtlich legitimierten Forderungen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erheben zu wollen. Im Fokus der Kritik steht insbesondere Italien. Das Land hat zwei Monate Zeit, um nationale Vorschriften an die EU-Richtlinie über die [Umwelthaftung](#) anzupassen. Ein weiteres Mal steht auch die italienische [Abfallpolitik](#) im Fokus: diesmal soll die Bewirtschaftung von Abfällen aus dem Mineralbergbau an EU-Recht angepasst werden. Zypern und Griechenland sollen [Deponien](#) auf den Inseln Korfu, Zakynthos und Zypern sanieren. Griechenland soll auch die Karertschildkröte auf Zakynthos besser schützen. Belgien und Luxemburg sollen die EU-Richtlinie für die Überwachung des [Gewässerzustandes](#) einhalten. Schließlich erhält auch Polen eine Verwarnung wegen nicht mit Naturschutzaspekten (EU-Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie) vereinbaren [Bergbau](#)-Aktivitäten zum Abbau von Braunkohle westlich von Warschau.

Landwirtschaft und Ländlicher Raum

Wohlbefinden von Nutztieren

(AF) Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit hat zwei Gutachten zum Wohlbefinden von Nutztieren vorgelegt: eines betrifft [Schweine](#), das andere [Milchkühe](#). Untersucht wurden insbesondere



Reaktionen von Schweinen und Milchkühen auf deren Umgebung, was einem alternativen Ansatz zur Bewertung gleich kommt. Bislang waren meist nur

messbare Faktoren wie Temperatur und Luftzirkulation untersucht worden. Die Gutachten listen auch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Schweine- und Kühe-Wohlbefindens auf. Die EU-Kommission stellte beide Gutachten als Ergänzung ihrer kürzlich vorgelegten Tierschutzstrategie vor.

Leitlinien zur Risikobewertung im Tierschutz

(AF) Erstmals hat die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) [Guidelines](#) zur Risikobewertung im Tierschutz veröffentlicht, mit denen eine harmonisierte Bewertung von Tierhaltungs-, Tiertransport- und Schlachtungsproblemen möglich ist. Veterinäre und Wissenschaftler sollen so bei der Erstellung von Überwachungsplänen und Kontrollsystemen unterstützt werden.

Kultur

Jahr des interkulturellen Dia- logs EU/China 2012

(AZ) EU-Kulturkommissarin Vassiliou und Cai Wu, Kulturminister der Volksrepublik China, eröffneten am 1. Februar 2012 in Brüssel das [Jahr](#) des interkulturellen Dialogs EU/China 2012. Die Initiative ist ein konkretes Ergebnis der gemeinsamen Erklärung der EU und Chinas vom 22. Oktober 2007, in der zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Kultur aufgerufen wird. Das Jahr des interkulturellen Dialogs wird den kulturellen Bereich (z. B. bildende Kunst, Literatur, darstellende Kunst, Musik, audiovisuelle und neue Medien, Kulturerbe, Übersetzung und Verlagswesen), aber auch angrenzende Bereiche abdecken, die zum gegenseitigen Verständnis und Austausch zwischen den Zivilgesellschaften beitragen, insbesondere Bildung, Forschung und Intellektuellen-austausch sowie Mehrsprachigkeit und Jugend.



Bildung und Mehrsprachigkeit

25 Jahre Erasmus

(AZ) Unter dem Slogan „[25 Jahre Erasmus](#): prägende Erfahrungen – neue Perspektiven“ eröffnete EU-Bildungskommissarin Vassiliou am 30. Januar 2012 die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des Erasmus-Programms. Seit seiner Einrichtung im Jahre 1987 hat es sich zum weltweit erfolgreichsten Austauschprogramm für Studierende entwickelt. Knapp drei Millionen Teilnehmer sind über Erasmus für einen Studien- oder Arbeitsaufenthalt ins Ausland gegangen.

Erasmus ist fester Bestandteil der Europa2020-Strategie. Die Entwicklung von Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen soll jungen Menschen u. a. dabei helfen, in anderen Ländern mit den passenden Arbeitsplätzen zu arbeiten und zu leben. Dies würde auch zur Be-

kämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen und die europäische Wirtschaft unterstützen, in dem interkulturell gebildete junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, so Präsident Barroso.

Künftig sollen sämtliche derzeitigen internationalen und EU-Programme für Bildung, Jugend und Sport unter „Erasmus für alle“ zusammengefasst werden. Der Vorschlag der Kommission wird derzeit im Rat von den Mitgliedstaaten und vom Europäischen Parlament diskutiert.

Übersetzerwettbewerb: Sieger stehen fest

(AZ) Am 3. Februar 2012 wurden die [27 Gewinnerinnen und Gewinner](#) des Schülerwettbewerbs der Europäischen Kommission „Juvenes Translatores“ (Junge Übersetzer) bekannt gegeben. Am Wettbewerb, der im November 2011 stattfand, nahmen mehr als 3.000 Sekundarschüler(innen) teil. Für jeden EU-Mitgliedstaat wurde ein(e) Sieger(in) gekürt. Die Siegerin aus Deutschland heißt Sara Kredel und kommt vom Goethe-Gymnasium Bensheim. Wie die anderen Gewinner wird auch sie zur Preisverleihung am 27. März nach Brüssel eingeladen und wird die Möglichkeit haben, Übersetzer(innen) der EU-Kommission zu treffen.

Forschung/Wissenschaft/Technologie

Europäischer Forschungsraum

(AZ) Am 30. Januar 2012 endete die öffentliche [Konsultation](#) zum Europäischen Forschungsraum (EFR). Die Europäische Kommission erhielt 590 Antworten auf den Online-Fragebogen und 101 Ad-hoc-Positionspapiere von nationalen und europäischen Forschungsorganisationen und Regie-



rungen. Auf der [ERA-Konferenz](#) „Fostering Efficiency, Excellence and Growth“ am 30. Januar 2012 in Brüssel stellte die zuständige EU-Forschungskommissarin Geoghegan-Quinn die wichtigsten Ergebnisse vor. Die Defizite liegen danach vor allem bei den Forscherlaufbahnen und der Mobilität, gefolgt von Problemen im Zusammenhang mit Forschungsinfrastrukturen, dem Wissenstransfer und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Schlüsselthemen, die sich daraus ableiten lassen, betreffen die Erhöhung der Attraktivität Europas für Spitzenwissenschaftler und global mobile private FuE-Investitionen, Steigerung der transnational koordinierten Forschung, Erzie-

lung größerer wissenschaftlicher Exzellenz, grenzüberschreitendes Leben, Arbeiten und Kooperieren oder die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Im Juni 2012 will die die Kommission den EFR-Rahmen vorlegen, der Maßnahmen und Themen zur Vollendung des EFR bis 2014 enthält.

Galileo geht 2014 in Betrieb

(AZ) Ab 2014 sollen den Bürgerinnen und Bürgern durch [Galileo](#) verbesserte Dienstleistungen im Bereich der Satellitennavigation zur Verfügung stehen. Die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme des Systems laufen auf Hochtouren. Am 2. Januar 2012 wurden drei Verträge unterzeichnet: die OHB System AG (DE) wird acht Satelliten mit einem Wert von rund 250 Mio. Euro bauen. Für ca. 30 Mio. Euro wurde mit Ariespace (FR) eine Reservierungsoption von bis zu drei Starts mit Ariane-5-Raketen fixiert. Die Firma Astrium SAS (FR) wird außerdem die derzeit genutzte Ariane-5-Rakete für den gleichzeitigen Transport von vier Galileo-Satelliten pro Start modifizieren (30 Mio. Euro).

Justiz und Inneres

Humanitäre Hilfe: Mittelverwaltung kritisiert

(MH) Das Europäische Parlament hat am 2. Februar 2012 den für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz zuständigen Dienst der Kommission (ECHO) [aufgefordert](#), die Hilfsgelder effizienter und unbürokratischer zu verwalten. Zudem müssten Partnerorganisationen genauer überprüft werden.

Regelung für Sammelklagen gefordert

(MH) Mit einer [Entschließung](#) vom 2. Februar 2012 hat das Europäische Parlament die Konsultation der Kommission vom 4. Februar 2011 „Kollektiver Rechtsschutz: Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz“ begrüßt. Mit dem Vorhaben soll es geschädigten Bürgern erleichtert werden, insbesondere bei Massenverfahren Entschädigungen zu erhalten, bei denen das Kostenrisiko möglicherweise nicht im Verhältnis zum erlittenen Schaden steht.

Safer Internet Day (SID)

(MH) Auf Initiative der Europäischen Kommission haben am 7. Februar 2012 weltweit Veranstaltungen und Aktionen zum Thema „Sicherheit im Internet“ stattgefunden. Der [Aktionstag](#) wird jährlich veranstaltet.

Tag der Europäischen Notrufnummer 112

(MH) Der 11. Februar 2012 ist der [Tag](#) des Europäischen Notrufs. Unter der Nummer 112 können Bürger überall in der EU kostenlos die Notrufdienste erreichen. In den meisten Ländern ergänzt die 112 die bestehenden nationalen Notrufnummern und ersetzt diese nicht.

Rechtsprechung

Dauerbefristung von Arbeitsverträgen erlaubt

(MH) Die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge kann auch dann durch einen Vertretungsbedarf gerechtfertigt sein, wenn sich dieser Bedarf als wiederkehrend oder sogar ständig erweist. Der Einsatz dieser aufeinanderfolgenden befristeten Verträge kann jedoch gegebenenfalls unter Berücksichtigung ihrer Zahl und Gesamtdauer einer Missbrauchskontrolle unterzogen werden. Das hat der Europäische Gerichtshof in einem Urteil am 26. Januar 2012 (C-586/10) [entschieden](#). Die Klägerin war über einen Zeitraum von elf Jahren auf der Grundlage von insgesamt 13 befristeten Arbeitsverträgen beim Land Nordrhein-Westfalen als Justizangestellte beschäftigt worden. Alle Verträge waren zur Elternzeitvertretung geschlossen worden.

Konsultationen

Vergabe von Informations- und Kommunikationsprodukten

(MH) Die EU-Kommission will öffentliche Behörden bei der Beschaffung von neuer Soft- und Hardware sowie IT-Dienstleistungen unterstützen. Dazu wurde das Institut „Europe Economics“ mit der Entwicklung von Leitlinien, die von der öffentlichen Hand im Vergabeprozess verwendet werden können, beauftragt. Noch bis zum 14. Februar 2021 können öffentliche Verwaltungen ihre [Bewertungen](#) in englischer Sprache abgeben.



Invasive Arten

(AF) Die EU-Kommission stellt derzeit Überlegungen an, ob mit einer EU-Gesetzgebung über invasive Arten eine Lücke im Europarecht geschlos-

sen werden müsse. Invasive Arten sind solche, die in bis dahin fremde Lebensräume einwandern, dort heimisch werden und oft das ökologische Gleichgewicht stören. Das kann auch gesundheitliche und ökonomische Folgen haben. Nunmehr kann sich jeder Interessierte bis zum 12. April 2012 an einer öffentlichen [Konsultation](#) hierzu beteiligen.

Projektpartnersuche

Nutzung von Bioabfällen in Tschechien

(AF) Die Nutzung biologisch abbaubarer Abfälle ist Ziel eines [Projekts](#) von Jakub John, VIA ALTA a.s. in Tschechien. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Verbesserung von Kompostierungsprozessen. Jakub John ist unter Tel. 0042-0568846601, Okružní 963 in CZ-67401 Třebíč Vysočina erreichbar.

Spanien: Abwasserreinigung mit Naturmaterialien

(AF) Dr. Angels Olivella (Tel. 0034-659-551971) von der Universität in Girona in Spanien sucht Projektpartner für ein [Vorhaben](#) zur Abwasserreinigung mit Naturfiltern und anderen nachhaltigen Materialien. Das Projekt soll im Rahmen des nächsten Aufrufs für das LIFE-Programm bei der EU-Kommission angemeldet werden.

Israel: Einfluss der Luftverschmutzung auf die Gesundheit

(AF) Der Environment and Health Fund (EHF) der Erfurter Partnerstadt Haifa in Israel sucht Projektpartner zur Erforschung des Einflusses von Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit. Um Bewerbungen für ein dreijähriges Projekt wird bis zum 15. März 2012 gebeten. Finanzielle Mittel von bis zu 300.000 US-Dollar stehen zur Verfügung. Die Kontaktdaten sind auf der [Projekthomepage](#) zu finden.

Ausschreibungen

Wasserwerk und Kläranlage in Polen

(AF) Im polnischen Szamotuły sind die Errichtung eines [Wasserwerkes](#) und einer [Kläranlage](#) ausgeschrieben. In beiden Fällen sind Bewerbungen bis zum 9. März 2012 beim Zakład Gospodarki Komunalnej w Szamotułach Sp. Z.o.o., ul. Wojska Polskiego 14 in PL 64-500 Szamotuły, Tel. 0048-612921829 möglich.

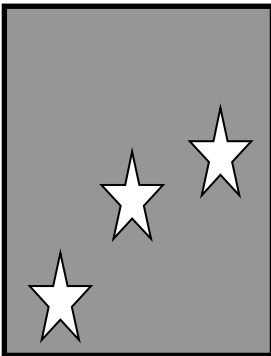
Flächenutzungsplanung in Guyana

(AF) Die Regierung des südamerikanischen Guyana hat im EU-Ausschreibungsverzeichnis Unterstützungswörter für die Entwicklung eines größeren Projekts zur Flächennutzungsplanung [ausgeschrieben](#). Rechtsgrundlage ist das Abkommen von Cotonou. Ansprechpartner ist der National Authorising Officer to the EDF, C/O NAO Task Force, Ministry of Finance, Main and Urquhart Streets, Georgetown, Guyana. Bewerbungsschluss ist am 3. April 2012.

Vermischtes

Weniger gefälschte Euromünzen

(MH) Die Menge der gefälschten [Euromünzen](#) ist um 15% auf europaweit insgesamt 157.000 zurückgegangen. Am häufigsten wird die Zwei-Euro-Münze gefälscht, die allein zwei Drittel der entdeckten Fälschungen ausmacht. Die Gesamtzahl der gefälschten Münzen bleibt gering: auf 100.000 echte Münzen kommt eine Fälschung.



IMPRESSUM

EU KOMP@KT ist eine vierzehntägliche Publikation der Vertretung des Freistaates Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

Verantwortlich:

Christine Holeschovsky (CH), Leiterin der Vertretung
Zuständig für Grundsatzangelegenheiten der EU, Öffentlichkeitsarbeit
christine.holeschovsky@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.42

Mitarbeiter:

Wolfgang Borde (WB)
Zuständig für Beschäftigung, Soziales und Gesundheit
wolfgang.borde@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.55

Arnd Fabian (AF)
Zuständig für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
arnd.fabian@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.46

Meike Herz (MH)
Zuständig für Justiz und Inneres, AdR
meike.herz@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.41

Barbara Jäger (BJ)
Zuständig für Wirtschaft und Finanzen
barbara.jaeger@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.44

Yvonne Marx (YM)
Zuständig für Redaktion
yvonne.marx@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.60

Andreas Spieß (AS)
Zuständig für Regionalpolitik, Energie, Verkehr, Medien
andreas.spieess@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.43

Annelie Zapfe (AZ)
Zuständig für Forschung, Technologie, Bildung, Kultur
annelie.zapfe@tlveu.thueringen.de, Tel. 0032-2-737.52.64

Vertretung des Freistaats Thüringen bei der Europäischen Union

111, rue Frédéric Pelletier
B-1030 Bruxelles

Tel.: 0032-2-737.52.60

Fax: 0032-2-736.53.79

E-Mail:
info@tlveu.thueringen.de

Internet:
www.thueringen-in-bruessel.de